

Sächsische Volkszeitung

erschienen täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Gegensatz: Blattpreis 1 Mf. 50 Pf. (ohne B.-Beleg). Bei
abgehenden Postämtern 12. Monatspreis. Einzelnummer 10 Pf.
Reaktions-Sprechstunde: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interesse werden die 66-jährigen Beiträge über deren Haus in
15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Abzah-
lungen 20 Pf. und bei Abnahme von 10 Pf. 10 Pf. Dresden
Blüthner Straße 43. — Druckerei: Kautz & Co. 1396.

Kündigung der Handelsverträge.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns hierzu geschrieben:

Wie rasch ist diese Forderung ausgesprochen, ohne daß man an die folgenschweren darauffolgenden Zeiten denkt. Es macht in manchen Kreisen auch populär, mit diesem Wunsch recht breit aufzutreten. Der verantwortliche Leiter der Reichspolitik aber kann nicht nach dem Tagesbeifall handeln; er weiß, daß eine Kündigung der Handelsverträge gleichartig ist mit einer offiziellen Kriegserklärung. Der Zollkrieg ist die Wirkung, falls nicht innerhalb eines Jahres ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen wird. Ein Zollkrieg aber schadet beiden Teilen; er ist eben ein echter und wahrer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete. Vom Reichskanzler nun deshalb die Kündigung der Handelsverträge zu fordern, halten wir für sehr übereilt. Die Öffentlichkeit und diese Dränger sind über den Gang der Vertragsverhandlungen doch gar nicht unterrichtet; sie wissen nicht, wo die Hindernisse liegen, sie haben sich wohl auch die Folgen dieser noch nicht überlegt. Der stete Ruf nach der Kündigung der Handelsverträge mit Oesterreich und der Schweiz kommt uns einem fortwährenden Säbelgerassel gleich. Wir aber haben keine Freude am Säbelgerassel. Auch erscheint uns gerade der jetzige Moment für eine solche „Drängerei“ sehr ungeschickt gewählt. Mit den wichtigsten Vertragsstaaten sind wir einig geworden; nur Oesterreich und die Schweiz stehen noch aus; da ist es ganz selbstverständlich; daß eine Kündigung in dem Moment eintreten muß, wo eine Einigung nicht erzielt wird. Die alten Handelsverträge mit den beiden Staaten können nicht weiter bestehen, wenn wir mit den übrigen Staaten neue abgeschlossen haben. Das verdrängt sich nicht miteinander. Der späteste Termin der Einigung aber ist der 31. Dezember 1904, das wissen die beiden Staaten so gut wie wir. Am 1. Januar 1906 treten die bereits abgeschlossenen neuen Verträge in Kraft, falls sie der Reichstag genehmigt; von diesem Tage ab können auch die seitherigen Verträge mit der Schweiz und mit Oesterreich nicht mehr in Wirksamkeit bleiben, und da eine Kündigungsfrist von einem Jahre vorgeschrieben ist, müßte dies spätestens am 31. Dezember 1904 erfolgen, falls bis dahin ein neuer Vertrag nicht fertig ist. Eine frühere Kündigung hätte gar nicht viel Wert und nicht viel Bedeutung; ob sie die Verhandlung beschleunigen würde, kann man bezweifeln; sie könnte auch nur erbittern.

Woher wissen aber nun die Dränger und Stürmer, daß ein neuer Vertrag mit den beiden genannten Staaten bis dahin nicht abgeschlossen werden kann? Sie sind doch in die Verhandlungen nicht eingeweiht und moderne Handelsverträge mit den Verästelungen unseres Erwerbslebens kann man nicht im Sandumdrehen zu Stande bringen. Die anderen Staaten wehren sich auch um ihre Interessen und da braucht es geraume Zeit, bis ein Mittelweg gefunden wird. Man macht sich in vielen Kreisen gar kein richtiges Bild von diesen mühsamen Verhandlungen.

Unsere Unterhändler haben wohl ihre Instruktion auf den Weg erhalten; nun kommt aber der andere Staat mit ganz neuen Wünschen, von denen die Unterhändler nicht von sich aus Stellung nehmen können. Sie müssen sich nach Berlin wenden an ihre vorgesetzten Behörden; diese halten wieder unter sich Beratungen ab und dann geht die neue Instruktion den Unterhändlern zu. Wir selbst hatten dieser Tage Gelegenheit, den Stolz von Alten und Anfragen anzusehen, die allein wegen eines verhältnismäßig leichten Handelsvertrages hier in Berlin eingelaufen sind. Wenn nur einer der lauten Ruser diese Faszikel durcharbeiten müßte, würde er bald sehr ruhig sein; mit dem Draufhauen ist eben hier nichts erreicht.

Nach unseren Informationen stehen aber auch die Ausfichten auf eine Verständigung mit der Schweiz sehr gut, so daß in kürzester Zeit der Abschluß zu erwarten ist; eine Kündigung des Vertrages mit der „kleinen Schweiz“ — wie man vielfach so verächtlich spricht — würde nicht zu unseren Nutzen ausfallen; man nehme doch nur einmal die Statistik vor. Im Jahre 1903 führten wir für 171,8 Millionen Ware aus der Schweiz ein, während wir eine Ausfuhr von 304,1 Millionen dorthin hatten. Diese günstige Handelsbilanz verdanken wir in erster Linie dem Zollkrieg Frankreichs mit der Schweiz; damals hat sich der deutsche Handel dieses Terrain erobert und es seitdem behalten. Ein Zollkrieg unsererseits mit diesem Nachbarlande würde dem französischen Handel sehr willkommen sein, da er uns verdrängt und unsere Industrie schwer schädigen würde. Namentlich Süddeutschland müßte die Nase bezahnen!

Etwas anders liegen die Dinge gegenüber Oesterreich-Ungarn; dort haben wir eine Unterbilanz von rund 225 Millionen. Das weiß Oesterreich-Ungarn auch; aber doch würde es sehr falsch sein, hier mit einer Kündigung voranzugehen, wo man nicht einmal recht in die Verhandlungen eingetreten ist. Oesterreich hat leider zu wenig Beamte für diese Arbeiten. Deshalb muß es immer wieder mit dem einen Staat ablehnen, wenn es mit dem anderen unterhandelt. Im Laufe dieses Monats werden die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wieder aufgenommen werden und nach Abschluß des russischen und jetzt auch des rumänischen Handelsvertrages sind die Schwierigkeiten gar wenige geworden. Oesterreich weiß, daß es die Minimalgölle auf Getreide annehmen muß und daß wir im Interesse der heimischen Viehzucht unsere Grenzen stark bewachen werden, um gegen die Einschleppung von Seuchen geschützt zu sein. Angesichts dieser Verhältnisse nun zu rufen: Kündigung der

Handelsverträge! halten wir für höchst unklug und namentlich sollten sich alle jene, die durch das Volk in verantwortliche Stellen berufen sind, vor einem solch tönenden Schlagwort hüten.

Ueber den mutmaßlichen Inhalt der neuen Verträge zu schreiben, halten wir für überflüssig; aber das eine darf man aussprechen, daß es mit dem Abschluß und der Annahme sämtlicher neuer Handelsverträge nicht sein Bewenden haben kann; dann muß vielmehr die Frage erörtert werden, ob das System der allgemeinen Meistbegünstigung noch beibehalten werden kann, wir halten es für überlebt, ja, für einen handelspolitischen Unsinn in einem Zeitalter, wo alle Länder sich mit Zollmauern umgeben; in erster Linie muß unser höchst unklares handelspolitisches Verhältnis mit den Vereinigten Staaten einer gründlichen Prüfung und Umänderung unterzogen werden. Diesem Lande noch die Meistbegünstigung zu gewähren, während es diese den deutschen Waren verweigert, würde eine Demütigung für uns sein und ein schwerer wirtschaftlicher Fehler. Das Ziel muß auch hier sein, von der allgemeinen Meistbegünstigung zu langfristigen Handelsverträgen überzugehen, die auch die deutschen wirtschaftlichen Interessen genügend schützen!

Die Verlegenheit der österreichischen Sozialdemokratie.

Unsere deutschen Scharfmacher können von dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten in Salzburg lernen. Es kam hierbei zu höchst interessanten Eingeständnissen. Die österreichische Regierung läßt die Sozialdemokratie ziemlich ungehorsam, sie kümmert sich nicht weiter um deren Tun und Treiben, als sie dies auch anderen Parteien gegenüber beliebt. Und so kommt es, daß den Genossen ein gewaltiger Agitationsstoff fehlt; sie reiben sich dann untereinander und können die Massen nicht in Bewegung bringen. Die Prügel, die bei uns in Deutschland die Polizei von den Sozialdemokraten erhält, fallen dort reichlich auf die eigenen Führer ab. So gelang ein Genosse Bartels in Wien ganz offenerzigt ein: „Wir sind nur verdrießlich, weil uns die Polizei nichts tut; da müssen denn die Führer die Misableiter sein.“ In diesem Satz steckt eine bittere Lehre für Deutschland, für die Scharfmacher und für überreizte Polizeibehörden; man lasse die Sozialdemokraten und ihre Organisation nur einmal ein Jahr ganz ungehorsam, kümmern sich um sie nicht mehr als um andere Parteien, behandle sie nach den Gesetzen wie alle anderen Leute und wir sind sehr überzeugt, daß das österreichische Klagegedicht auch in den Reihen der deutschen Genossen angestimmt wird. Was der Staat zur Bekämpfung der Sozialdemokratie tun kann, liegt zu einem guten Teile in dieser eigenartigen Beschwerde enthalten; man gebe einfach dem Arbeiterstand ebendaselbe Recht, das andere Stände auch besitzen, man sei nicht kleinlich und engherzig gegenüber demselben und man wird sehen, wie auch in Deutschland die Genossen jammern, daß ihnen die Polizei „nichts tut“.

Das Zentrum hat im Reichstage stets diesen Standpunkt vertreten. Die österreichischen Sozialdemokraten befinden sich bereits in der größten Verlegenheit ob dieser Haltung der Regierung; allgemeine Unzufriedenheit der Genossen brach auf dem Salzburger Parteitage aus. Man erwartete irgend einen „Clou“, der Bewegung in die Massen bringen sollte; aber niemand fand ihn; darüber jammerten fast alle Delegierten.

Der Reichsratsabgeordnete Eidersch setzte zwar recht forsch ein; er verkündete gegenüber dem steten Fortwursteln mit dem § 14: „Die Arbeiterklasse kann sich diese Attentate nicht gefallen lassen, sie muß zu einem entschiedenen Schloß ausziehen.“ Ganz schüchtern erscholl der Ruf: „Zu welchem?“ Und der führende Abgeordnete verstummete. Aber die Genossin Schlieffinger gab nicht nach, sie setzte dem Referenten die Pistole auf die Brust mit den Worten: „Welchen „entscheidenden Schlag“, welche „große Aktion“, welches „bisher noch unversuchte Mittel“ hat der Referent denn eigentlich gemeint? (Weiterheit.) Diese allgemeine Art, radikal zu sprechen, erscheint denen, die in den Organisationen arbeiten, sehr ihre Aufgabe. Man kommt dort mit den unsinnigsten hyperbaischen Vorschlägen und wird sich dann auf den „entscheidenden Schlag“ berufen. (Sehr richtig!)

Nun war große Not unter den Führern; der jüdische Millionär Genosse Dr. Adler stammelte allerlei Verlegenheitsphrasen her, vertröstete die Genossen auf den Zeitpunkt der „Rekonstruktion Oesterreichs“ und gestand offen die Abblamung in der Agitation ein, aber den „entscheidenden Schlag“ enthielt er den witzbegierigen Genossen nicht. Ein radikaler Winarsky jammerte über die Versumpfung der Partei und forderte gleichfalls eine große Aktion, aber der Abgeordnete Schumierer hielt ihm entgegen: „Er verlangt daß andere vorgehen sollen, und weiß doch nicht, wohin es gehen soll; er sitzt jetzt mit in der Parteileitung, aber nicht fällt ihm ein.“ Da kam einem Genossen Freundlich ein rettender Gedanke und er empfahl den Generalsekretär, der eben in Italien unter so vielen Opfern verkracht ist. Mit gutem Gumm und unter Anspielung auf das Ausschneiden zweier Erzherzöge aus der Armee fiel der Ruf: „Befassen wir uns lieber mit dem Streik der Generale.“ Also auch damit war es nicht. Dr. Adler bestieg nochmals die Tribüne, aber er beruhigte nur und gab dem Parteitag viel Schlafpulver, und Dr. Ellenbogen meinte im Kerger: „Bei uns spielt die Rücksicht auf die Stimmung der Massen eine große Rolle. In Deutschland ist man mit Niederschießen eher bei der Hand. (Lebhafte Zustimmung.)“

So ein bißchen Pulverrauch, mehrere Tote und eine Anzahl Verwundete sind also den friedliebenden Sozialdemokraten viel lieber als ruhige Zustände; wir glauben es gern.

Den Abgeordneten wurden die schärfsten Vorwürfe aus der Versammlung entgegengeschleudert; sie seien Bremser und Dr. Adler gar sei der „Oberbremser“. Schließlich einigte man sich doch auf folgende nichtsagende Resolution: „Der Parteitag erkennt die schwierige Lage, in der sich der sozialdemokratische Verband innerhalb der heutigen politischen Verkumpfung in Oesterreich befindet und ist überzeugt, daß derselbe alles im Interesse des Proletariats getan hat, was unter solchen tristen politischen Verhältnissen getan werden konnte. Er spricht ihm daher Anerkennung und vollstes Vertrauen aus.“ Nach diesen Worten solche Taten! Zuerst wird die Verbandsleitung nach allen Richtungen zerstückelt und am Schlusse erhält sie „Anerkennung und vollstes Vertrauen“. Aber man sieht, wie die Genossen in Oesterreich förmlich nach einer Ungeschicklichkeit der Regierung lechzen und nahezu verdursten, weil sich eine solche nicht zeigt.

Bei uns zu Hause muß man hieraus lernen. Was haben die Vorgänge beim Königsberger Prozeß geschadet, — dank der fehlerhaften Haltung der obersten Behörden in Preußen! Für die Scharfmacher in der Presse, in den Parteien und Arbeitgeberverbänden ist dieser Vorgang in Salzburg nicht minder lehrreich. Hat doch selbst der Abgeordnete Bebel einmal im Reichstage eingestanden: „Wir leben nur von ihren Fehlern.“ Entziehen wir also der Sozialdemokratie den nötigen Sauerstoff, indem der Staat und öffentliche Organe nicht in die Fehler à la Königsberg verfallen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die materielle Seite des lippschen Thronfolgestreites ist das große Hausvermögen. Es besteht aus dem ganzen Domanium, davon 100 000 Morgen Wald und fruchtbarem Ackerland, Meiereien, Wontangerechtsame usw. und seine Einkünfte werden mit einer Million Mark jährlich nicht zu hoch gegriffen sein. Nur 60 000 Mark davon sind nach dem Vertrag von 1868 durch die kaiserliche Kammerkassette als jährliche Geldrente an die Landeskasse hinaus zu bezahlen. Der mybare Grundbesitz des Hausvermögens beträgt ein ganzes Fünftel des lippschen Landes, das 1215 Quadratkilometer und 139 000 Einwohner umfaßt.

Das Jesuitengesetz und die weltlichen Gegner. Daß das Zentrum die Aufhebung auch des § 1 des Jesuitengesetzes immer wieder fordern wird, das könnte sich eigentlich auch der einfältigste unter unseren zahlreichen Gegnern denken. Das hindert die gegnerische Presse aber nicht, immer wieder Kombinationen anzustellen, sobald einmal wieder von einer Aufhebung des § 1 die Rede ist. Neulich hat der Abg. Spahn in seinem Wahlkreise Rheinbach von der Notwendigkeit der Aufhebung dieses Restes der Jesuitengesetzes gesprochen, da dauerte es nicht lange, bis die „Pöln. Ztg.“ geheimnisvoll die Aufhebung oder mindestens die Erweiterung des Jesuitengesetzes als das Winterprogramm des Zentrums hingestellt hatte und jetzt haben sich die Gegner bereits zu der schlauen Entdeckung durchgemauert, das Zentrum werde bei der nächsten Marinavorlage einen Aufwandel: Marinavorlage gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes in Szene setzen. — Man weiß wirklich nicht, ob die Grundstücke schon vorüber sind oder ob die große Gide des letzten Sommers noch nachträglich ihre Schandigkeit tut. Auffällig, wenn nicht bevorzugsbringend ist jedenfalls irgendwo bei den Herren etwas.

Ein treffendes Zeugnis für die geistliche Ortschulaufsicht gibt der „Evangelische kirchliche Anzeiger“ für Berlin in folgenden Worten ab: „Wir können ganz einfach und kurz sagen, daß diejenige Regelung der Ortschulaufsicht die beste ist, die die sicherste Gewähr gibt für das Wohl der Jugend und damit des Volkes der Zukunft. Und wir würden nicht, warum die Verbindung der Kirche mit der Schule in der geistlichen Ortschulaufsicht diese nicht geben sollte. Auf dem Lande — und um das handelt sich in der ganzen Frage doch vornehmlich, — ist das Ansehen der Kirche und des geistlichen Amtes noch immer groß genug, um auch der Schule und ihrer Erziehung, wenn sie in Verbindung mit der Kirche steht, zu gute zu kommen. Wir glauben nicht, daß die Schule an Autorität und Einfluß gewinnt, wenn sie auch die letzte Verbindung mit der Kirche, wie sie in der geistlichen Schulaufsicht für das Volksbewußtsein zum Ausdruck kommt, abbricht. Wir glauben auch nicht, daß die Autorität der Kirche in der Volkserziehung gehoben werden wird, wenn in den Augen des Volkes durch die Ausschließung des Faktors von der Schulaufsicht der Schein entsteht, als habe die Kirche in Schul- und Erziehungsfragen den Mund zu halten. Aber auf Schule und Kirche ist der Staat mit der Volkserziehung angewiesen — untergräbt er beiden die Autorität, so läßt es sich selbst den Akt ab, auf dem er ruht. Mag er dann sehen, wer ihm die Jugend erzieht — es bleibt ihm für die männliche Jugend vielleicht noch die vielgerühmte Erziehungsschule des Militärs. Was aus den Mädchen wird, ist eine Sache für sich —, und was aus der männlichen Jugend wird, wenn nicht mehr der Lehrer und der Pastor, sondern der Unteroffizier Volkserzieher wird? Mögen die Antwort unsere Leser sich selbst geben.“ Das christliche Volk beider Konfessionen hat sich die Ant-